

Antrag auf Gestattung eines vorübergehenden Gaststättenbetriebes (§ 12 Abs. 1 GastG)



1. Personalien des Antragstellers

Name, Vorname (ggf. Geburtsname)		Telefon	Fax
Bezeichnung der juristischen Person oder des nicht rechtsfähigen Vereins (bei mehreren Vertretern ist je ein Formular auszufüllen)			
Geburtsdatum	Geburtsort	Staatsangehörigkeit	
Straße	Nr.	PLZ	Ort

2. Gegenstand der Gestattung

Anlass (z.B. Volksfest, Sportfest, Parteiversammlung)
Datum und Uhrzeit eines jeden Tages
Ausschank folgender alkoholischer und nichtalkoholischer Getränke
Abgabe folgender zubereiteter Speisen
<input type="checkbox"/> ja, Bescheinigungen nach § 42 u. 43 Infektionsschutzgesetz, bzw. § 17 und 18 Bundesseuchengesetz liegen vor
<input type="checkbox"/> ja, Tanzveranstaltungen sind vorgesehen
<input type="checkbox"/> ja, musikalische Darbietungen sind vorgesehen / an folgenden Tagen: _____
<input type="checkbox"/> sonstige Darbietungen und Besonderheiten: _____

3. Räumliche Verhältnisse

Ort (genaue Bezeichnung des Gebäudes bzw. Grundstücke, Lage, Anschrift)
Name und Anschrift des Eigentümers des Anwesens (sofern vom Antragsteller abweichend)
<input type="checkbox"/> ja, Einverständniserklärung des Eigentümers des Anwesens liegt vor
Anzahl der Sitzplätze _____ Plätze Größe der Räume Fläche _____ qm
<input type="checkbox"/> ja, ein Festzelt wurde errichtet <input type="checkbox"/> ja, die bautechnische Abnahme hierfür wird gesondert beantragt
Vorhandene Toilettenanlagen: Anzahl Urinale oder _____ Anzahl Herrenspültoiletten _____
Anzahl Damenspültoiletten _____ lfd. Meter Rinne _____ m mobile Toiletten (z.B. DIXI) _____
<input type="checkbox"/> ja, Getränkeschankanlage wird betrieben <input type="checkbox"/> ja, fließendes Wasser ist vorhanden
<input type="checkbox"/> ja, eine Gläserspüle mit zwei Becken und Trinkwasseranschluss ist eingerichtet

Ich versichere, dass ich die vorstehenden Angaben wahrheitsgemäß und nach bestem Wissen gemacht habe. Mir ist bekannt, dass die Gestattung insbesondere dann zurückgenommen werden kann, wenn sie auf unrichtigen Angaben beruht. Ein Rechtsanspruch auf Durchführung der Veranstaltung besteht nicht, falls unvorhergesehene Umstände dies aus Gründen der Sicherheit nicht gestatten. Der Vollzugsdienst der Verbandsgemeinde Wörrstadt sowie die Polizeiinspektion Wörrstadt können weitere Maßnahmen vor Ort bei Bedarf anordnen.

Ort

Datum

Unterschrift des Antragsteller

Dieser Antrag ist mindestens 2 Wochen vor Beginn der Veranstaltung zu stellen!
Bei versäumter oder nicht rechtzeitiger Antragstellung wird ein Verwarngeld in Höhe von 25,00 € erhoben!